

Bedeutsam ist ferner, daß die Minister und Staatssekretäre sowie die Leiter der anderen zentralen staatlichen Organe verpflichtet werden, den Inhalt der staatspolitischen Schulung auf ihrem gesamten Fachgebiet, also bis hinunter in die Fachabteilungen der Kreise und Städte festzulegen. Dadurch wird die Verantwortung der Leiter für die Kader auf ihrem Fachgebiet stärker betont, ohne die Verantwortung der leitenden Funktionäre der örtlichen Staatsorgane für ihre Kader in irgendeiner Weise einzuschränken.

Es wurden von einigen staatlichen Organen Bedenken darüber geäußert, ob diese umfangreiche und komplizierte Arbeit ohne Schulungsabteilungen in den einzelnen Ministerien und Staatssekretariaten zu bewältigen sei. Hierin liegt bereits wieder die Tendenz, die Schulung zur Angelegenheit einer Abteilung zu machen. Das würde dem Sinn des Vorschlags völlig widersprechen, der die Qualifizierung der Mitarbeiter als wichtigstes Prinzip der Kaderarbeit und damit die Verantwortung der leitenden Funktionäre für die Schulung herausstellt. Im übrigen würde eine noch so qualifizierte Schulungsabteilung mit diesem neuen System der staatspolitischen Schulung gar nicht fertig werden können, da sie unmöglich Spezialisten aller Fachgebiete in sich vereinigen könnte.

Genossen einiger staatlicher Organe, darunter des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, gaben zu bedenken, daß die Organisierung eines so komplizierten Schulungssystems dort besondere Schwierigkeiten bereiten würde, wo außer der staatspolitischen Schulung bereits fachliche Schulungen bestehen und auch beibehalten werden sollen. Anscheinend haben die Genossen den Inhalt der vorgeschlagenen Änderung nicht richtig verstanden. Bei ihnen werden die Schwierigkeiten nicht größer, sondern geringer sein, denn sie brauchen eigentlich nur das fortzusetzen und weiter auszubauen, was sie bereits mit den fachlichen Zirkeln begonnen haben. Beispielsweise wird seit längerer Zeit durch das Ministerium für Justiz eine differenzierte Schulung für Richter, Notare, Gerichtsvollzieher usw. durchgeführt, die u. E. durchaus dem entspricht, was mit den neuen Maßnahmen erreicht werden soll. Die Genossen im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft sollten überprüfen, inwieweit die in ihrem Ministerium bereits bestehenden Schulungen ebenfalls mit den Forderungen des neuen Vorschlags übereinstimmen und die in diesen Zirkeln gesammelten Erfahrungen bei der Organisierung der Schulung auf dem gesamten Fachgebiet gründlich auswerten.

Den Leitungen der Parteiorganisationen im Staatsapparat wird empfohlen, die Maßnahmen zur Veränderung der staatspolitischen Schulung gründlich durchzuarbeiten und in den Parteigruppen zu behandeln. Nur wenn alle Genossen im Staatsapparat sich der Bedeutung der Schulung für die Verbesserung der Arbeit der staatlichen Organe bewußt sind und aktiv für die Durchführung kämpfen, wird die neue staatspolitische Schulung ihr Ziel erreichen.